Monatsspiegel

Mai 2013

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Erster Mai: Tag der Würde der arbeitenden Menschen

Am Ersten Mai feiern wir die Würde der arbeitenden Menschen am Arbeitsplatz. Eine Würde, die es immer wieder neu zu schützen und die es zu verteidigen gilt. Denn seit den 80er-Jahren erleben wir eine Entwürdigung von Arbeit.

Für die amtierende Regierung ist Arbeit vor allem ein Kostenfaktor, den man klein halten muss. Aber das ist ein falsches Verständnis unserer Marktwirtschaft, die als soziale Marktwirtschaft doch mit dem Versprechen „Wohlstand für alle“ angetreten ist. Genauso ist es ein mangelndes Verständnis von der Würde des Menschen und dem Wert der Arbeit.

Unsere Gesellschaft ist auf Arbeit gegründet. Arbeit ist für die meisten mehr als nur ein Job, sondern ein Beruf. Und mit einem Beruf verdient man nicht nur Geld, er stiftet Identität. Für die allermeisten Menschen bedeutet Arbeit eben nicht nur Broterwerb. Arbeit bedeutet auch, am Leben teilzunehmen, mitten in der Gesellschaft. Arbeit ist Selbstbestimmung und Anerkennung.

Seit einigen Jahren erleben wir einen Prozess massiver Entwertung von Arbeit. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist so tief gespalten wie noch nie. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen. Die Arbeitsarmut nimmt immer mehr zu. Prekäre Formen von Beschäftigung, vor allem sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen.

Eine weitere Spaltung verläuft zwischen Männern und Frauen: Die Lohndifferenz von immer noch 22 Prozent bei gleicher Arbeit ist ein gesellschaftlicher Skandal, für den es endlich eine gesetzliche Lösung braucht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dazu mit unserem Entgeltgleichheitsgesetz einen konkreten Entwurf vorgelegt.

Insgesamt betrachtet, arbeiten immer mehr Menschen, aber immer mehr zu schlechten Löhnen und unter schlechten

Von Martina Stamm-Fibich
Betriebsrätin, Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Erlangen

Bedingungen. Das ist nicht fair, das ist nicht gerecht – das haben die Menschen und ihre Familien nicht verdient! Sie sind es wert, dass wir für eine Verbesserung des Wertes der Arbeit kämpfen!

Bildung als Schlüssel zum Leben

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten, an den gesellschaftlichen und beruflichen Zusammenhängen teilnehmenden Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Bildung ein Grundrecht, das allen hier lebenden Menschen gleichermaßen zusteht und auch nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf.

Aber das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung hat in Deutschland an

Fortsetzung auf Seite 3

05.05.	14:00	Bürgerdialog im Stadtosten	Treffpunkt Röthelheimpark	S. 11
07.05.	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 16
08.05.	15:00	60plus (UB): Veranstaltung „Mobilität im Alter“	IG-Metall-Haus	S. 19
08.05.	20:00	AK Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 5
10. 05.	19:00	Planung Infostände	August-Bebel-Haus	S. 5
14.05.	19:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
14.05.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
15.05.	20:00	Distrikt West: Veranstaltung mit Martina Stamm-Fibich	Zur Einkehr	S. 18
15.05.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4
21.05.	18:00	Jusos am Berg	Eiscafé Venezia (Treffpunkt)	S. 19
21.05.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 16
28.05.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
05.06.	20:00	AsF/Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
08.06.	15:00	Familienfest 150 Jahre SPD	Neustädter Kirchplatz	S. 5
11.06.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Orpheus	S. 17
16.06.	11:00	Politischer Frühschoppen in Tennenlohe	Wendehammer Am Bach	S. 11
25.06.	19:30	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 16

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:
Montag 14:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch 08.30 bis 10.30 Uhr
Donnerstag 14.00 bis 16.00 Uhr.
Dienstag und Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführer: Gary Cunningham
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr), Christofer Zwanzig (cz), Gary Cunningham (gh)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Wolfgang Vogel (wv)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Kraft verloren. Dieser Entwicklung wollen wir mit ganzer Kraft entgegenwirken.

Aktuell liegt die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren in Bayern bei nur 23 Prozent. Damit ist der Freistaat um Längen von der bundesweit festgelegten Zielmarke von 35 Prozent entfernt. Wie die bayerische Staatsregierung diese Zielmarke erreichen will, hat sie bislang noch niemandem verraten.

Für einen Kinderkrippenplatz muss man in Bayern mancherorts monatlich einen vierstelligen Betrag auf den Tisch legen, weil das Angebot hinten und vorne nicht ausreicht. Das können sich viele Familien nicht leisten. Jetzt hat sich die CSU die Herdprämie einfallen lassen und meint, das könne niemand durchschauen. Damit möchte sie die marode Betreuungssituation in Bayern vertuschen und nebenbei an ihre Familienpolitik der 50er Jahre anknüpfen und Rollenbilder zementieren.

Wir nehmen den Wunsch vieler Familien von Vereinbarkeit von Beruf und Kindern ernst und stehen für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule mit einem starken BAföG.

In keinem anderen Bundesland ist die soziale Herkunft derart entscheidend für den schulischen Werdegang und damit für den späteren beruflichen Erfolg wie in Bayern. Das haben unzählige Studien in den vergangenen Jahren gezeigt (z. B. PISA, IGLU, OECD-Bericht). Die Ergebnisse sind eindeutig: Das bayerische Schulsystem ist ungerecht und reicht seine Schüler nach unten durch.

In Bayern hängt der höhere Schulbesuch immer noch stark vom Geldbeutel der Eltern ab. Je höher das Einkommen einer Familie, desto bessere Schulnoten bekommen die Kinder. Das Kind aus einer Akademiker-Familie bekommt bei schlechten Noten eben Nachhilfe, da lassen die Eltern etwas springen. Eine Arbeiterfamilie kann sich das nicht leisten.

Das von der SPD initiierte Volksbegehren gegen Studiengebühren hat klar gezeigt: Das Volk kann der Staatsregierung Beine machen. Die Studiengebühren werden abgeschafft! Für uns ist das ein voller Erfolg!

Kampf gegen Billiglöhne

Der wichtigste Wettbewerbsfaktor Deutschlands sind seine gut ausgebildeten Frauen und Männer. Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind die Voraussetzungen, um international bestehen zu können. Das verträgt sich nicht mit Billiglohnstrategien.

Während die Wirtschaft boomt und es noch nie zuvor auf der Welt so viele Superreiche wie heute gab, soll Arbeit immer billiger werden. Dabei werden die Schlupflöcher ausgenutzt ohne Ende, um Löhne zu drücken und Risiken immer stärker auf die Beschäftigten abzuwälzen.

Über viele Jahre sind in unserem Land die realen Löhne hinter der Entwicklung der Produktivität und den Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Vermögen zurück geblieben. Prekäre Beschäftigung hat zugenommen. Das ist auch ein Ergebnis des Irrglaubens, Wettbewerbsfähigkeit erhöhe sich, wenn die Arbeitsbedingungen der Menschen schlechter werden.

Die Leiharbeit griff in den letzten Jahren immer weiter um sich. Ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt bereits bei 3 Prozent. Leiharbeit ist kein Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt. Leiharbeit ist in erster Linie eines: miserabel bezahlt und deshalb bei Arbeitgebern so beliebt. 73,5 Prozent der in Vollzeit beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind Niedriglöhner, jeder 12. muss zum Amt, um sein Gehalt aufzustocken.

Wir kämpfen für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt! Wir setzen uns ein gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen!

Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen. Und Arbeit, die gerecht entlohnt wird. Das hat etwas mit der Würde des Menschen und seiner Arbeit zu tun. Darum wollen wir – gemeinsam mit den Gewerkschaften – einen gesetzlichen Mindestlohn: Mindestens 8,50 Euro, gesetzlich garantiert und überall.

Dagegen ist Frau von der Leyens so genannte „Lohnuntergrenze“ eine Mogelpackung. Sie ist nicht das, was sie zu sein scheint. Denn sie gilt nicht überall. Sie soll gerade in den Bereichen, in denen es sehr niedrige Tariflöhne gibt, nicht greifen. Damit geht ihr Vorschlag an der Sache vorbei.

Wo sich die Arbeitgeber fairen Tarifverhandlungen verweigern, weil sie massenhaft aus den Arbeitgeberverbänden austreten und Tarifflucht begehen, da braucht es gesetzliche Maßnahmen. Nur so können Armutslöhne bekämpft und Altersarmut eingeschränkt werden. Wir brauchen den flächendeckenden

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Dienstag, den 14. Mai 2013, 19.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. **Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder**
2. **Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Europakonferenz des Unterbezirks**
3. **Vorstellung, Diskussion und Beschlussfassung über das Kommunalpolitische Programm 2014-2020**
4. **Anträge**
5. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
6. **Verschiedenes**

Den Programmentwurf erhaltet ihr ab etwa dem 6. Mai über das Parteibüro (per E-Mail oder auch in Kopien zum Abholen).

Dieter Rosner **Dirk Goldenstein** **Sandra Radue**

gesetzlichen Mindestlohn als scharfes Schwert gegen Lohndumping.

Über den Mindestlohn hinaus sagen wir aber auch: wir wollen die Flächentarifverträge und unser bewährtes Tarifvertragssystem wieder stärken. In diesem und im letzten Jahr hat es gute Tarifabschlüsse gegeben. Zum Beispiel im öffentlichen Dienst, in der Metall- und Elektroindustrie und in der Chemischen Industrie. Das Problem ist aber: die Tarifabschlüsse gelten für immer weniger Menschen.

Die Tarifbindung erodiert in dramatischem Maße. Mittlerweile werden nur noch etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten von einem Flächentarifvertrag erfasst. Immer mehr Arbeitgeber entziehen sich der Tarifbindung. Sie versuchen, mit Lohndrückerei Wettbewerbsvorteile zu erzielen, statt über gute Produkte und die Qualität der Leistung. Deshalb ist es auch blanker Unsinn zu behaupten, der gesetzliche Mindestlohn sei ein Eingriff in die Tarifautonomie.

Wir müssen die Erosion der Tarifbindung stoppen. Ein geeignetes Instrument ist die Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge. Derzeit sind nur etwa 1,5 Prozent der Tarifverträge allgemeinverbindlich, das heißt, sie gelten für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber, auch wenn sie nicht tarifgebunden sind.

Leben im Alter ohne Armut

Wer jahrelang schlecht bezahlt wird, mal hier, mal dort beschäftigt ist und sich zwischendrin mit Minijobs über Wasser halten muss, der lebt nicht nur heute am Rande des Existenzminimums, sondern erst recht im Alter.

Schon heute sind 100.000 Menschen in Bayern auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Das heißt konkret: Sie sind ihr Leben lang arbeiten gegangen und müssen jetzt im Alter beim Staat um Almosen betteln, damit sie über die Runden kommen. Das ist unwürdig!

Der Übergang von der Arbeit in die Rente darf nicht in die Armut führen. Dagegen hilft nur: Gute Arbeit mit einem guten Einkommen als Basis für ein gutes Leben in der Rente und eine Verbesserungen der Rentenversicherung selbst.

Wir Sozialdemokraten wollen die erste Säule der Altersvorsorge stärken, ihr derzeitiges Leistungsniveau bis zum Ende des Jahrzehnts sichern. Daneben wollen wir die betriebliche Altersversorgung wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugänglich machen und die Effizienz der Riester-Rente verbessern. Zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung gehört zum Beispiel, dass Zeiten, in denen sehr wenig verdient wurde, in der Rentenversicherung höher bewertet werden. Dazu gehört auch, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit höher bewertet und Erziehungszeiten auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, angemessen berücksichtigt werden.

Wir brauchen eine Politik, die besonnen und langfristig plant. Wir brauchen eine Politik, die die Lasten gerecht verteilt. Wir brauchen eine Politik, die soziale Verantwortung übernimmt. Wir brauchen eine Politik, die das ganze Land in die Zukunft führt. Und wir brauchen dringend eine Politik, die den Menschen über das Kapital stellt!

Am 22. September geht es darum, ob wir ein neues Kapitel aufschlagen – für Deutschland und Europa. Für den Wert der Arbeit, und die Würde der Menschen. Gegen Gier und Eigennutz. Für mehr Gerechtigkeit!

Das sind Ziele, die sich lohnen. Jede Wählerin und jeder Wähler hat es in der Hand: Schicken wir CDU, CSU und FDP in die Opposition! Sorgen wir dafür, dass die soziale Balance in Deutschland wieder ins Gleichgewicht kommt! Und dafür, dass die Arbeit wieder den Stellenwert bekommt, der ihr zusteht! Dafür lohnt es sich zu kämpfen – an jedem einzelnen der 145 Tage, die noch vor uns liegen!

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.05. Dieter Beck
60 Jahre

06.05. Ursula Lanig
60 Jahre

08.05. Günter Braun
74 Jahre

12.05. Felix Wosnitzka
70 Jahre

17.05. Ute Preuß
73 Jahre

25.05. Gerlinde Uhl
78 Jahre

26.05. Marlis Gießе
73 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
74 Jahre

26.05. Elli Pöschl
75 Jahre

27.05. Karin Sichel
71 Jahre

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 15. Mai, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Fortsetzung der Diskussion zur Steuerpolitik
- „Europa: Mit Zukunftsinvestitionen aus der Krise“ (DGB) – Bericht Friedrich Mirle

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht.

Helmut Pfister

150 JAHRE SPD

EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Aufruf: Familienfest 150 Jahre SPD

Liebe Genossinnen,
am 8. Juni feiern wir das 150jährige Bestehen der SPD. Keine Partei kann wie unsere auf eine so lange Geschichte zurück blicken. Wir wollen diese Jubiläum nutzen, um bei einem bunten und fröhlichen Familienfest auf dem Neustätter Kirchplatz miteinander, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Und natürlich wollen wir auch ordentlich feiern.

Das Wir entscheidet

Daher ist bei der Organisation auch die Zusammenarbeit vieler in der Partei nötig. Sei dabei – pack mit an. Wir benötigen:

- Hilfe beim Aufbau (11.00 bis 14.00 Uhr) der Stände, des Zeltes und der Bühne
- Fleißige Hände beim Ausschank, am Pizza-Stand, am Bratwurstgrill, an der Kuchentheke, beim Kaffee kochen, beim Abwasch
- Aufsicht bei den Spielgeräten des Spielepools zur Kinderbelustigung
- Hilfe beim Abbau (20.00 bis 22.00 Uhr)
- ... oder einfach „wo am Nötigsten“

Zudem würden wir uns riesig über Kuchenspenden für den Verkauf freuen.

Bitte meldet Euch bei sandra.radue@gmx.de.

Unser großes Deutschlandfest

Liebe Genossinnen und Genossen,
Zusammen mit der Beitragsquittung für das vergangene Jahr habt Ihr alle auch eine Einladung zum großen Geburtstagsfest der SPD vom 16. bis 18. August in Berlin erhalten.

Der Parteivorstand bietet in Zusammenarbeit mit dem SPD Reiseservice ein Reisepakt an. Ich bin davon überzeugt, dass viele von Euch Interesse daran haben, mit nach Berlin zu fahren. Ich habe es deshalb übernommen, diese Reise für den Unterbezirk zu organisieren. Ich würde mir gerne frühzeitig einen Überblick darüber verschaffen, wie groß das Interesse Eurerseits ist. Ich glaube, dass auch außerhalb der SPD das Angebot auf Interesse stoßen wird.

Die Reise würde – 35 Personen Mindestteilnahme vorausgesetzt – ca. 170 Euro kosten. Wir würden am Freitag, 16. gegen 8:00 Uhr in Erlangen wegfahren und am Sonntag, 18. am frühen Abend wieder hier sein. Das sind alles erst „Ungefähr-Angaben“. Auch das konkrete Programm und was wir außerhalb der offiziellen Veranstaltungen noch unternehmen können, werde ich Euch noch zukommen lassen.

Es wäre schön, wenn ihr schon mal Euer Interesse bekunden würdet. Mein Kontakt: Heide.Mattischeck@web.de oder Tel.: 09545/442377

Ich hoffe auf großes Interesse
Eure Heide Mattischeck

Infostände im Wahlkampf

Liebe Genossinnen und Genossen,
auch in diesem Wahlkampf werden Infostände eine wichtige Rolle spielen.

Alle, die dies für einen alten Hut halten und/oder die interessiert daran sind, Infostände interessanter, kommunikativer, innovativer zu gestalten sind herzlich eingeladen, sich mit uns Gedanken zu machen, wie der Infostand der Zukunft aussehen könnte.

Wir treffen uns am

Freitag, 10. Mai, 19 Uhr, Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses.

Eingeladen sind ausdrücklich alle – auch ohne Infostand-Erfahrung ist dein Input wertvoll.

Wir freuen uns auf zahlreiche Beteiligung.

Sandra Radue
Norbert Schulz
Monika Fath-Kelling

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 8. Mai, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles, Rüstungsexport
- Fortsetzung unserer Arbeit entlang der strukturierten Stoff- und Fragensammlung (s. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“): Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Ideologie“ (Helmut Pfister).

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto

Helmut Pfister

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2013
24. Mai 2013

Gastkommentar:

Raus zum 1. Mai – auch in Erlangen

Von Wolfgang Niclas
Kreisvorsitzender des DGB Erlangen/Erlangen-Höchstadt

Der 1. Mai 2013 steht im Zeichen sozialer Spaltung und wachsender Arbeitsplatzunsicherheit. In Erlangen erleben wir die Auswirkungen extremer Gewinnvorgaben mit der Konsequenz des Verlustes von ca. 2.000 Arbeitsplätzen bei der Siemens AG. In einigen Betrieben nimmt der Druck auf die Tarifentgelte zu, soweit überhaupt nach Tarifverträgen gezahlt wird. Leiharbeitsunternehmen haben die tariflich vereinbarten Branchenzuschläge als Vorwand genommen, andere Leistungen zu streichen. In vielen Fällen scheuten Geschäftsleitungen auch kein rechtswidriges Vorgehen. Teilweise wurden Betriebsratswahlen behindert. Demokratie im Betrieb ist für viele noch immer ein Fremdwort. Aus der Angst der Arbeitnehmer/innen um ihre Existenzgrundlage wird so ein gutes Geschäft für wenige gemacht. Glücklicherweise haben wir eine sehr große Zahl relativ sicherer und tariflich gut bezahlter Arbeitsplätze in Betrieben mit anerkannter und gelebter Mitbestimmung über Betriebs- und Personalräte. Aber die schleichende Erosion dieser Strukturen setzt sich von Krise zu Krise und von Renditewahn bis zur „Go to market"-Politik fort. Und der Markt liegt dann nach Ansicht einiger „Wirtschaftslenker" eben nicht mehr in Deutschland.

Schaut man über die Privatwirtschaft hinaus, ist die Lage nicht besser. Im öffentlichen Dienst werden berechtigte Tariferhöhungen mit dem Verweis auf leere Kassen verweigert. Dringend erforderliche Infrastrukturmaßnahmen werden aus Kostengründen zurückgestellt bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmen. Es wird keine erfolgreiche Zukunft für den Wirtschaftsstandort Deutschland geben ohne eine breite Qualifizierungsinitiative. Vom allgemeinbildenden Schulsystem bis hin zur beruflichen Weiterbildung ist die Entwicklung geprägt von Halbheiten und Passivität. Die Energiewende, ein beispielhaftes Element zukunftssichernder Industriepolitik in Deutschland, droht an fehlenden Mitteln und Inkompetenz zu scheitern.

Eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft ist für Deutschland alleine auf Dauer nicht realisierbar. Wir brauchen für Europa eine gemeinsame Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir brauchen ein soziales Europa. Die Bewältigung der Folgen von Wirtschaftskrisen muss von den Verursachern und Gewinnern der Krise getragen werden und darf nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer/innen und der Schwächsten in Europa gehen.

Die Art und Weise der Krisenbekämpfung in Europa verschärft die Politikverdrossenheit und zerstört die Vision eines friedlichen und sozial gerechten Zusammenlebens der europäischen Völker. Mit dieser Entwicklung geht die Gefährdung der Demokratie einher. Das Erstarken nationalistischer Kräfte in ganz Europa birgt die Gefahr eines Rückfalls in Zeiten, die wir hofften für immer überwunden zu haben.

Die Politik muss der Anforderung an ein sozial gesichertes, gerechtes und faires Europa für Alle gerecht werden. Die Gewerkschaften werden bei den Landtags- und Bundestagswahlen die Parteien an unseren Anforderungen messen und genau hinsehen, wie glaubwürdig Versprechungen sind.

Am 1. Mai wollen wir unsere Erfolge feiern. Der 1. Mai ist aber auch ein Kampftag für unsere gewerkschaftlichen Forderungen. Maidemonstration und Kundgebungen zum 1. Mai werden geprägt sein von unseren Forderungen:

Gute Arbeit
Prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne schaffen nicht nur Beschäftigte zweiter Klasse, sondern verhindern gesellschaftliche Teilhabe und produzieren Altersarmut. Sie höhlen Tarifverträge aus, führen zu einer Abwärtsspirale beim Lohnniveau und spalten die Belegschaften. Wir fordern Gute Arbeit für alle statt sozialer Spaltung und Armut.

Sichere Rente
Ob Rente mit 67, Absenkung des Rentenbeitragssatzes oder sinkendes Rentenniveau: Diese Entscheidungen gehen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Rentnerinnen und Rentner. Was wir stattdessen brauchen ist ein stabiles Rentenniveau, sind flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und mehr betriebliche Prävention und Gesundheitsschutz.

Gute Bildung
Qualifikation darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. In keinem anderen Bundesland ist die soziale Herkunft so entscheidend für den schulischen – und somit späteren beruflichen – Erfolg wie in Bayern. Damit muss Schluss sein. Die Abschaffung der Studiengebühren zeigt die Kraft gemeinsamen Handelns. Wir brauchen gute und kostenlose Bildung für alle – von der Kinderkrippe bis zur Weiterbildung.

Soziales Europa
120 Millionen Menschen in Europa sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. 26 Millionen Menschen haben keine Arbeit, in einigen Ländern wachsen mehr als 50 Prozent der Jugendlichen ohne berufliche Perspektive auf. Statt einem „Weiter so" mit immer neuen Sparprogrammen fordern wir einen Marshallplan für Europa. Mit diesem Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm bekommen die Menschen in Europa wieder eine Zukunft.

Starke öffentliche Leistungen in Mittelfranken
Qualität hat ihren Preis. Statt Mängelverwaltung fordern wir Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, öffentliche Mobilität, Gesundheit, in die Energiewende und eine lebenswerte Umwelt. Um dies zu erreichen muss Schluss sein mit der neoliberalen Sparpolitik zu Lasten der Kommunen und der Menschen.

Für diese Forderungen gehen die Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße.

- Die Mai-Demonstration startet um 10 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus in der Friedrichstraße!
- Die 1. Mai-Kundgebung beginnt um ca. 11 Uhr am E-Werk - Fuchsenwiese.

Für GUTE ARBEIT, SICHERE RENTE und ein SOZIALES EUROPA!

So können wir uns Wohnen noch leisten

Auftakt zur SPD-Gesprächsreihe „JA. Erlangen gemeinsam gestalten“ – über 100 BesucherInnen – engagierte Diskussion

(wv/pr) Über 100 Besucherinnen und Besucher konnte Dr. Florian Janik, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion und Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, im Erlanger Pacelli-Haus begrüßen. Sie haben sich zu einer engagierten Diskussion über die Wohnungssituation in Erlangen eingefunden und verfolgten interessiert und aufmerksam die Einschätzungen und Vorschläge, die ein Podium ausgewiesener Fachleute im Rahmen des Gesprächs entwickelte.

Aus aktuellem Anlass äußerte der Erlanger SPD-Landtagskandidat Philipp Dees zu Beginn der Veranstaltung heftige Kritik am Deal um die GBW-Wohnungen. Aufgrund der Versäumnisse der Staatsregierung im Vorfeld und wegen der mangelnden Unterstützung durch den Freistaat während des Bieterverfahrens hatte das Städtekonsortium (u.a. mit Erlangen) keine Chance, die Wohnungen in öffentlicher Verantwortung zu behalten. Die Leidtragenden seien jetzt die Mieterinnen und Mieter, die nur zu unzureichend vor überzogenen Mieterhöhungen, ausbleibenden Sanierungen und evtl. Verkäufen ihrer Wohnungen geschützt seien.

Dem Nürnberger Sozialamtsleiter Dieter Maly gelang es im Anschluss, den Zusammenhang zwischen der brisanten GBW-Entscheidung und der generellen Entwicklung am Wohnungsmarkt in pointierten Aussagen herzustellen: Immer mehr Menschen seien auf preiswerten Wohnraum angewiesen, der aber aufgrund des sich stetig verengenden Wohnungsmarkts und der steigenden Preise immer weniger vorhanden sei. Dies gelte für die Großstädte in der Metropolregion ebenso wie für die Entwicklungen bundesweit und würde durch die Privatisierung der GBW-Wohnungen sicherlich noch verstärkt.

In einer sehr sachlichen und fachkundigen Diskussion arbeitete Dr. Florian Janik mit den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern – Sofia Daeschler (Mauss Holding Erlangen als Vertreterin privater Bauträger), Gernot Küchler (Geschäftsführer der GeWoBau), Gisela Niclas (GeWoBau-Aufsichtsrätin, SPD-Stadt- und Bezirksrätin) und Wolfgang Winkler (Vorsitzender des Mieterinnen- und Mietervereins Erlangen, Rechtsanwalt und Stadtrat Grüne Liste) – konkrete Handlungslinien für die Politik heraus. Aufgrund der fachlichen und rechtlichen Zuständigkeiten seien zuerst der Freistaat und der Bund zu einem „echten“ Neustart im sozialen Wohnungsbau gefordert. Dringend erforderlich seien auch Stadterneuerungsprojekte (z.B. Weiterentwicklung und ausreichende Finanzierung des Projekts „soziale Stadt“), die von Land und Bund mit entsprechenden Mitteln zu finanzieren seien.

Von links: Dieter Maly, Sofia Daeschler, Gernot Küchler, Dr. Florian Janik, Gisela Niclas und Wolfgang Winkler (Foto: Günter Laurer)

Daneben müsse man aber auch auf der kommunalen Ebene konkrete Ini-

Mitarbeit gewünscht!

Vergeblich war unser Aufruf, das SPD-Büro in den bevorstehenden Wahlkämpfen mit ehrenamtlicher Mitarbeit zu unterstützen, ja nicht! Aber die Reaktion war doch noch sehr verhalten.

Während von außerhalb viele Zeichen der Ermutigung und der Aufmunterung sehr motivierend sind, scheint die Mitgliedschaft in weiten Teilen noch zu überlegen, wann wohl der richtige Zeitpunkt für ein Engagement kommen wird. Deshalb ein zweiter Versuch, liebe Genossinnen und Genossen!!!!

- Hilfe bei Büroarbeiten,
- Unterstützung bei der Plakatierung,
- (Mit-)Organisation von Wahlkampf-Unterstützung und Wahl-Initiativen,
- Spendenakquise,
- Beteiligung an der Konzeptionierung und Durchführung von Infoständen und weiteren Aktionen,
- Beteiligung an Projekten und Planungen,
- usw. usw.

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Ob einmalig bei einer konkreten Aktion oder regelmäßig in der Woche/im Monat – jede Hilfe und Unterstützung ist willkommen. Und wenn Euch nicht klar ist, worin Euer Beitrag bestehen könnte, mailt uns, ruft an, sprecht uns an. Wir werden Euere Hilfsangebote sammeln, vernetzen und in die Wahlkampfarbeit einbauen. Es geht um vieles in Bund, Land, Bezirk und in Erlangen! Wir zählen auf Euch.

Patrick Rösch
Wolfgang Vogel

T: 01931/8126522
Mail: buero@spd-erlangen.de

tiativen ergreifen. Als Beispiele hierfür wurden genannt:

- die intensive Suche nach geeigneten Siedlungsflächen (ggf. auch durch Umwidmung oder Nachverdichtung) und die Aufstockung vorhandener Wohngebäude;
- ggf. muss dabei auch die Kooperation über die Stadtgrenzen hinweg innerhalb der Metropolregion (z.B. für kommunale Wohnungsbauunternehmen) gesucht werden;
- die Unterstützung und Förderung neuer und bestehender Wohnungsbaugenossenschaften;
- die Entwicklung neuer Modelle wie z.B. Bauherrengemeinschaften und die entsprechende Beratung durch die Kommune;
- die enge Zusammenarbeit und Koordination städtischer Behörden mit privaten und kommunalen Bauträgern (incl. Anreize für spezifische Bedarfe schaffen).

Die anschließende Diskussion zeigte u.a. das Spannungsfeld zwischen den kostenintensiven Anforderungen an Schallschutz und energetischem Bauen einerseits und erträglichen Mieten andererseits auf, bei dem ein sinnvoller Mix zwischen erhöhten Standards und finanzierbaren Kosten anzustreben sei. Einig waren sich hingegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass bei der Barrierefreiheit keinerlei Abstriche zu akzeptieren seien.

Foto: Günter Laurer

Zum Abschluss stand bei den Redebeiträgen noch einmal die GBW-Thematik im Vordergrund, wobei VertreterInnen der Mieterinitiative das konsequente Eintreten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lobten, bei denen sie sowohl auf der Landesebene als auch in Erlangen ihre Interessen sehr gut vertreten sahen. Das konnte jedoch nicht den Zuschlag für das private Konsortium „Patrizia“ mit allen möglichen Konsequenzen verhindern. Florian Janik erwartet deshalb zusammen mit seiner Fraktionskollegin, der Bezirksrätin, Gisela Niclas von der Stadt Erlangen, dass sie die Mieterinteressen wachsam vertrete. So müsse der neue Eigentümer aufgefordert werden, Maßnahmen zum Mieterschutz (Bestandsschutz für bestehende Mietverträge, keine überproportionalen Mieterhöhungen, keine Luxussanierungen) über Einzelverträge abzusichern und die Wahl eines Mieterbeirats zuzulassen. Darüber hinaus sei von der Verwaltung zu überprüfen, welche Maßnahmen sinnvoll und geeignet seien, die GBW-Wohnquartiere nach integrativen, sozialverträglichen und energetischen Kriterien weiter zu entwickeln, damit der neue Eigentümer kooperativ in die Stadtentwicklung einbezogen werde.

Nach Verkauf: GBW-Mieter kämpfen weiter

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Das Bieterrennen um die GBW-Wohnungen ist vorbei. Jetzt bemühen sich die Mieterinitiativen um eine bestmögliche Absicherung der Betroffenen über Einzelmietverträge. Auch in der Öffentlichkeit, wie zum Beispiel bei der ver.di-Kundgebung zum 1. Mai, will man präsent bleiben.

Über den Verkauf ihrer Wohnungen an die Augsburger Immobilienfirma Patrizia zeigen sich die Sprecher der GBW-Mieterinitiative Erlangen Helga Sirotek und Michael Worm tief enttäuscht. Sie berichten von der tiefen Verunsicherung bei den Mietern und dem massiven Misstrauen gegenüber den Beteuerungen, dass von Seiten der Staatsregierung alles für ihre Sicherheit getan werde. Vor allem die älteren Mieter befürchten, dass sie angesichts drohender Mieterhöhungen gezwungen sein könnten, ihre Wohnungen zu verlassen.

Täglich tauchen neue Details über den Verlauf des Bieterverfahrens auf, die eines belegen: Das Handeln der Staatsregierung war alles andere als transparent und für die Mieter nachvollziehbar. Die Mitglieder der GBW-Mieterinitiative Erlangen fühlen sich, angesichts der widersprüchlichen Interpretationen der EU-Vorgaben zum Bieterverfahren, an das Orakel von Delphi erinnert. „Herr Söder behauptet immer, die EU hätte dem Freistaat eine Beteiligung am Bieterverfahren untersagt. Herr Ude bekommt allerdings von Wettbewerbskommissar Almunia bestätigt, dass das Land Bayern sehr wohl hätte eingreifen dürfen.“ Auf die zugesagte Zusendung der übersetzten Originaldokumente zu den Vorgaben aus Brüssel, die dazu möglicherweise Klarheit schaffen könnten, warten die Mieterverbände und -initiativen bis heute. Genau dies hatte ihnen jedoch Ministerpräsident Seehofer im Juli 2012 bei einer Zusammenkunft mit den Mietervertretern in der Staatskanzlei, an der auch ich teilgenommen habe, versprochen.

Auch das zweite bei diesem Treffen gegebene Versprechen wurde gebrochen: Die Unterzeichnung von Individualmietverträgen durch die Käufer als Bedingung für einen Verkauf. Dadurch sollten die Mieter vor unangemessenen Mieterhöhungen, Luxussanierungen und Kündigungen wegen Eigenbedarfs schützen. Dazu kam es bekanntlich nicht. Stattdessen pries Finanzminister Söder seine „Sozialcharta XXL“ an, die den Mietern jedoch niemals in vollem Umfang vorgelegt wurde.

Die Versuche der CSU und allen voran Herrn Söders, sich nun als Mieterschützer zu profilieren sind geradezu zynisch. Der Verkauf der GBW-Wohnungen wurde erst durch das zehn Milliarden Euro schwere Versagen der CSU-Granden in Verwaltungsrat und Vorstand der Bayerischen Landesbank notwendig. Dadurch haben sie zum einen die GBW-Mieter in diese prekäre Lage gebracht und zum anderen die bayerischen Kommunen bei der Nutzung des sozialen Wohnungsbaus als Element der Stadtentwicklung um ihren Spielraum gebracht.

„Die Metropolregion ist in aller Munde. Aber: was haben die Menschen wirklich davon?“

Abend mit Dr. Florian Janik und hochkarätigen Gästen – „Das bringt uns die Metropolregion!“

(wv/pr) Immer wieder hakte Florian Janik, der auch durch den zweiten Abend der SPD-Veranstaltungsreihe „Ja. Erlangen gemeinsam gestalten.“ führte, bei seinen hochkarätigen Gästen nach. „Wo profitieren die Menschen unserer Stadt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ja die Kommune selbst mit all ihren Aufgaben, von diesem Zusammenschluss?“ Und wenn auch im Laufe des Abends nicht alle Aspekte ausführlich genug beleuchtet werden konnte, für Janik und seine Gäste wurde klar: „Eine Kommunalpolitik, die über den eigenen Tellerrand hinaus schaut und vorausschauend die gesamte Region im Blickfeld behält, ist für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wie für den gesamten Großraum von unschätzbarem Nutzen.

Nach einem Einführungsimpuls von Prof. Dr. Wübbenhorst (Vorstandsvorsitzender des Fördervereins „Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg – EMN – e.V.), der aus der Sicht der Wirtschaft die Gründung, Strukturen, Erfolge, Ziele und Perspektiven der EMN beleuchtete, merkte der Erlanger SPD-Landtagskandidat Philipp Dees an, dass trotz der regionalen Zuständigkeit und Initiativen auch die Landespolitik für eine erfolgreiche Entwicklung nicht aus der Verantwortung genommen werden darf. So seien beispielsweise verstärkte positive Impulse zur Entwicklung der Infrastruktur (vom ÖPNV über die Internetzugänge bis zur Stärkung des Marktes für Wohnungen mit finanzierbaren Mieten) und der Hochschul- und Forschungspolitik von zentraler Bedeutung.

Medical Valley als Erfolgsgeschichte

Über die Erfolge der EMN war sich das Podium rasch einig. Ob Prof. Dr. Reinhardt (Medical Valley EMN) auf die Multiplikatorwirkung im Investitionsbereich verwies, die durch die 40 Mio. Euro Fördermittel aus dem Spitzencluster-Wettbewerb angestoßen wurden, oder ob die Siemens-HealthCare-Betriebsrätin (und SPD-Bundestagskandidatin) Martina Stamm-Fibich ausführte, dass es für die Beschäftigten erst in zweiter Linie von Interesse sei, in welcher Kommune die Arbeitsplätze gesichert und aufgebaut werden, weil sie schon längst die Metropolregion als Ganzes erleben, musste der Erlanger Kämmerer und Wirtschaftsreferent Konrad Beugel doch Wasser in den Wein gießen, indem er den möglichen Ausfall von kommunalen Steuern z.B. durch Abwanderung von Betrieben beklagte.

Das Podium der Diskussionsveranstaltung (von links): Stephan Doll, Prof. Dr. Erich Reinhardt, Konrad Beugel, Dr. Florian Janik, Martina Stamm-Fibich und Prof. Dr. Klaus Wübbenhorst (Foto: Günter Laurer)

Soziale Probleme und Defizite auf dem Arbeitsmarkt werden noch ausgeblendet

Erst als Stephan Doll, Vorsitzender des DGB Mittelfranken, warnend ausführte, dass beileibe nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region von dieser Entwicklung profitieren, wurden auch Kontroversen und Defizite deutlich. Z.B. nehmen die prekären Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit mit schwierigen Übergängen zur Vollzeit zu. Die Langzeit-Arbeitslosigkeit stagniert auf relativ hohem Niveau. Die regionalen Entwicklungen (z.B. zwischen Nord-Ost-Oberfranken und dem Ballungsraum) verlaufen sehr unterschiedlich. Und wesentliche Kompetenzfelder in der Region (z.B. Verkehr, Energie) entwickeln sich nicht so positiv wie der Bereich Medizin/Technik.

Aus dem Publikum wurde dann auch immer wieder angesprochen, dass gerade der Freistaat für bessere infrastrukturelle Voraussetzungen sorgen müsse und dass die EMN auch geschlossen diese Forderungen in der aktuellen Diskussion um die Landes- und Regionalplanung vorzubringen habe.

Janik: „Offensiv und gemeinsam!“

Janik, der wieder souverän die Doppelaufgabe meisterte, die Diskussion zu moderieren und eigene Impulse und Vorstellungen einzubringen, sieht gerade in der notwendigen offensiven Geschlossenheit der Städte und Gemeinden, aber auch in der verlässlichen Einbindung der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften in die vorhandenen Diskussions- und Entscheidungsstrukturen eine zentrale Aufgabe. Janik weiter: „Kirchturmpolitik hilft hier nicht weiter! Sie denkt nur egoistisch und kurzfristig an den eigenen Nutzen. Erst wenn wir uns noch besser organisieren und gemeinsame Positionen formulieren, dann können wir für alle der hier lebenden und arbeitenden Menschen, auch in unserer Stadt Erlangen, mehr bewegen und die EMN erlebbar machen.“

Foto: Günter Laurer

Informationen aus erster Hand für Dr. Florian Janik

Direkte Gespräche mit Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft über ihre Erwartungen an das Rathaus

(wv) „Ich will über die Stadtratsarbeit und meine vielfältigen Kontakte hinaus in direktem Gespräch erfahren, wo der Schuh drückt und was man sich aus dem Rathaus erwartet.“ So charakterisiert Dr. Florian Janik eine wichtige Komponente, um sich auf das Amt des Oberbürgermeisters in Erlangen weiter vorzubereiten. „Hinhören, nachfragen und dann gemeinsam nach Lösungen suchen. Das sind für mich die Arbeitsschritte, damit unsere Stadt endlich wieder gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird.“

Aus diesem Grund trifft sich Janik seit einigen Wochen immer wieder mit Verantwortlichen aus Gesellschaft und Wirtschaft, um von ihnen aus ihrer praktischen alltäglichen Arbeit zu erfahren, wo die Stadt unterstützen und Wege öffnen kann.

So sprach er mit Karl-Heinz Miederer, einen der beiden Geschäftsführer von Access, dessen Aufgabe es ist, Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben, v.a. in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und junge Menschen mit Behinderungen auf den Start ins Berufsleben vorzubereiten.

Dr. Florian Janik im Gespräch mit Ursula Kosmalla und Andras Trzcinski von WABE (Foto: SPD)

Mit Hans-Kurt Weller von der Stiftung Denkmalschutz (Ortskuratorium Erlangen) erörterte Janik Entwicklungschancen und Probleme der Erlanger Innenstadt. Weller, vielfach in der und für die Altstadt engagiert wies dabei vor allem auf das Potenzial in der nördlichen Innenstadt hin, das intensiver unterstützt werden müsse.

Ein Besuch bei der WABE hat die vielfältigen Aufgaben und Probleme gezeigt, die bei der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung von psychisch kranken Menschen auftreten. Die beiden GeschäftsführerInnen Ursula Kosmalla und Andreas Trzcinski stellten die erfolgreiche Arbeit in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Freizeit vor. Im Mittelpunkt stand dabei das Projekt „Wabene“ – ein Café und Begegnungszentrum, in dem sich Menschen mit und ohne psychische Erkrankungen begegnen und austauschen können. Das trägt zum Abbau von Berührungsängsten bei und ist gelebte Inklusion.

Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.

Stiftung Warentest
Finanztest
Kostenloses Girokonto ohne Bedingungen
direkt GIRO
Im Test: 1.610 befragte deutsche Banken
73 mit kostenlosem Konto nach den Kriterien von Finanztest
Ausgabe 2/2012

Sparkasse Erlangen
Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter **www.sparkasse-erlangen.de**

Auf dem Weg zum Janik-Team

(wv) Mitte April hatte die Partei die Gelegenheit, die GenossInnen und einen „Sympathisanten“ kennen zu lernen, die bei der Kommunalwahl 2014 für die SPD auf unserer Stadtratsliste kandidieren wollen. Darunter sind alle derzeit amtierenden Stadträtinnen und Stadträte, aber auch viele neue Kandidatinnen und Kandidaten.

OB-Kandidat Florian Janik zeigte sich beeindruckt vom breiten gesell-

Foto: Günter Laurer

schaftlichen und beruflichen Spektrum, das die SPD 2014 zur Wahl stellen wird. Und die Aufbruchstimmung war bei den Beteiligten spürbar! Überraschend viele junge Menschen machen mit, und mit einem Durchschnittsalter von ca. 45 Jahren werden auch alle Altersgruppen repräsentiert sein.

Am 29. Juni 2013 steht dann die SPD-Mitgliedschaft vor der schwierigen Aufgabe, die Vorschlagsliste in einen Wahlvorschlag umzuwandeln. Nachdem in diesen Monaten die Gliederungen unseres Kreisverbands Reihungsvorschläge erarbeiten (bzw. schon erarbeitet haben), werden im Mai/Juni die „Findungskommission“ und der Kreisvorstand den Beschlussvorschlag erarbeiten – sicher ein schwieriges Unterfangen, weil es – trotz aller ehrlichen Bemühungen – sicher nicht vollständig gelingen kann, alle Wünsche und Vorstellungen zu erfüllen.

Dennoch ist Florian Janik zuversichtlich: „Wir haben so viele engagierte und einsatzfreudige Kandidatinnen und Kandidaten, die mit den Erlanger Bürgerinnen und Bürger zusammen unsere Stadt gestalten wollen, dass wir daraus sicher auch eine überzeugende Liste für den März 2014 zusammenstellen können.“

Politischer Frühschoppen in Tennenlohe am 16. Juni mit Wulli und Sonja

Wir laden alle Genossinnen und Genossen, alle Interessierten und Kandidatinnen und Kandidaten sowie alle Mandatsträger herzlich ein zum Tennenloher Frühschoppen am 16. Juni ab 11.00 Uhr. (Tennenlohe, Am Bach 17, am Wendehammer). Zeit: ca. 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Wir wollen miteinander feiern und kommunizieren und mit den Tennenloher Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog eintreten.

Zu erwarten ist: tolle Live-Musik, Bier vom Fass, nichtalkoholische Getränke, ferner: Weißwürste und Wienerle, später Kaffee und Kuchen.

Die Tennenloher SPD freut sich auf euer Kommen.

SPD

HERZLICHE EINLADUNG ZUM

BÜRGERDIALOG

Was soll besser werden in Stadt und Land? Ihre Anliegen sind uns wichtig (z.B. zur Wohn- und Verkehrssituation, Bildung und Kinderbetreuung)!

Sprechen sie mit
Dr. Florian Janik, OB-Kandidat
sowie den Kandidatinnen und Kandidaten
für Bundes-, Land- und Bezirkstag und Stadträtinnen und Stadträten

Kaffee und Kuchen, Kinderprogramm (Spielepool, Kinderschminken...)

Sonntag 5. Mai 2013,
14-16 Uhr
Treffpunkt Röthelheimpark
(Schenkstr. 111, ehem. Easthouse)

davor:
Lernen Sie Ihren Stadtteil kennen!
Führung durch den Röthelheimpark
mit Gisela Niclas, Robert Thaler und Dr. Christofer Zwanzig
13-14 Uhr, Treffpunkt: Georg-Marshall-Platz

V.i.S.d.P.: Dr. Andreas Richter, c/o SPD-Distrikt Erlangen-Süd, Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen

Ursula Lanig zum 60. Geburtstag

Von Dr. Dieter Rossmeissl
Kulturreferent der Stadt Erlangen

Klug und vernetzt denkend, den Großraum ebenso im Blick wie die Entwicklung der Stadt, Kultur und Bildung nicht nur auf der Zunge, sondern auch im Herzen, mit klaren Positionen auch gegen manche Erwartung – Ursula Lanig ist eine „Größe“ in der Erlanger Politik und feiert jetzt (Wer würde es merken, wenn man’s nicht wüsste?) ihren 60. Geburtstag.

Nach der Schulzeit in Erlangen und Nürnberg sowie dem Studium – Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, natürlich in Erlangen – unterrichtet Ursula Lanig seit 1986 als Gymnasiallehrerin an der Schule für Kranke. Schon seit 1980 gehört sie der SPD an, war mehr als 10 Jahre stellvertretende Kreisvorsitzende und ist seit 2002 im Stadtrat, wo sie die Aufgaben als kulturpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende wahrnimmt.

Aber Funktionen beschreiben Ursula Lanig unzureichend. Ihr Interesse an Politik ist das Interesse an Menschen, dem Lebenswert der Umwelt und an der Lebendigkeit der Stadt. Deshalb setzt sie sich für eine attraktivere Innenstadt ein, mit einem spannenden Theater, anspruchsvoll gefächerter bildender Kunst, dem Frankenhof als künftigem Haus kultureller Bildung und für Plätze, auf denen man sich gern aufhält. Und deshalb ist ihr nicht nur die Innenstadt wichtig, sondern auch die stadtnahe Erholung in natürlicher Umgebung, die gut mit dem Rad zu erreichen ist. Wenn inzwischen die Radwege zwischen der Kernstadt und Dechsendorf fertig gestellt sind, darf sie sich das gut auch als ihren Erfolg anrechnen.

Schon früh hat sie in ihrer politischen Arbeit erfahren, dass nichts mehr hilft als eigenes Engagement: Mit dem Förderverein hat sie sich für den Erhalt des Ensemble-Theaters eingesetzt, mit einer parteiübergreifenden Initiative gegen den Verkauf der Stadtwerke gekämpft, bei den „Arcaden“ Druck gemacht, um das Erscheinungsbild zu verbessern. Freilich gab es nicht immer nur Erfolge: Ihr inzwischen schon zwanzigjähriger Kampf um den „Dechsi“ ähnelte lange dem gegen Windmühlen – und trägt jetzt doch erste Früchte in Form eines Umlaufgrabens, der bald gebaut werden soll.

Klar, dass sich das nicht von oben her regeln ließ: Bürgerbeteiligung ist für sie ein Kernstück der Demokratie auf lokaler Ebene. So lassen sich die vielen Vereine, in denen sie mitarbeitet, gar nicht aufzählen. Sie weiß einfach, dass vieles nur dann geht, wenn es gelingt, viele Bürger dafür zu aktivieren. Aber es braucht eben auch Stadträtinnen wie Ursula Lanig, die sich mit Verve und Kompetenz dafür eingesetzt haben!

Die soziale Dimension hat sie dabei nie aus dem Auge verloren: In zahlreichen Vorstößen hat sie sich für die Einführung eines Erlangen-Passes stark gemacht, der den Zugang zu lebenslangem Lernen, zu Kultur und Stadtgesellschaft denen erleichtern soll, die dafür Hilfe brauchen. Die bisherige Vergeblichkeit dieser Vorstöße hat die Optimistin nicht entmutigt: Die Probleme von heute sind die Aufgaben für morgen.

Am 6. Mai feiert Ursel Lanig ihren 60. Geburtstag. Die SPD – und viele Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Stadt – gratulieren ihr herzlich.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

Freibad West: Sanierung jetzt!

SPD-Fraktion mit klarer Position zur Bäderfrage in Erlangen

Seite 2

Bahn-Ausbau: Stadt hat versagt

Der Trassenausbau wird Erlangen verändern, die Stadtspitze hat zugeschaut. Nachträglich etwas zu tun wird teuer.

Ein Rückschlag für günstiges Wohnen

GBW-Wohnungen verkauft, Kommunen bleiben aussen vor

„Für die Sünden der Landesbank und der Staatsregierung zahlen nun die GBW-Mieter mit einer dauerhaften Unsicherheit. Eine Unsicherheit, die nicht hätte sein müssen." Fraktionsvorsitzender Dr. Florian Janik

Mieterschutz und soziale Wohnungspolitik einfordern: Hier finden Sie den Antrag der SPD-Fraktion im Wortlaut:

http://www.spd-fraktion-erlangen.de/spd-antrag-zum-verkauf-der-gbw-wohnungen-mieterschutz-einfordern/

Mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen an ein privates Konsortium zieht in 32.000 bayerische Wohnungen, davon über 2.500 in Erlangen, die Angst als ständiger Mitbewohner mit ein. Was haben die neuen Eigentümer vor? Wie wollen sie den hohen Kaufpreis wieder verdienen? Wer darf wohnen bleiben? Wie viel Miete müssen die Bewohner künftig zahlen? Das sind alles Fragen, die sich die Mieterinnen und Mieter jetzt stellen.

Wären die Wohnungen an die Kommunen verkauft worden, könnten die Menschen besser schlafen. Es hätte dann nicht nur theoretische, sondern echte Sicherheit gegeben - so aber ist von den vielen Ankündigungen der CSU und der Staatsregierung nicht mehr viel übrig. Denn was die Sozialcharta bewirken kann, ist fraglich und schon heute umstritten. Ohne Frage muss man von einem schwarzen Tag für viele Bürgerinnen und Bürger in Erlangen und in ganz Bayern sprechen.

Erst verzocken sich Bankenmanager und CSU-Politiker bei der Landesbank, und damit diese saniert werden kann, werden jetzt, wo landauf landab über fehlen günstigen Wohnraum und Mietexplosionen gesprochen wird, gleich 32.000 Wohnungen auf einen Schlag privatisiert! Damit haben die Landesbank und die Staatsregierung eine große Chance vertan, einen wichtigen Beitrag zur sozialen Wohnungspolitik in den Metropolregionen zu leisten - und das auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter. Denn sie sind es jetzt, die für die Sünden der Landesbank und der Staatsregierung zahlen, und zwar mit einer großen und dauerhaften Unsicherheit! Eine Unsicherheit, die nicht hätte sein müssen.

Trotzdem müssen wir jetzt in die Zukunft schauen. Denn auch wenn das kommunale Konsortium nicht zum Zuge gekommen ist, die Stadt Erlangen ist weiterhin gefordert. Die SPD-Fraktion hat deswegen schon kurz nach Bekanntwerden des Verkaufs beantragt, dass die Mieterinnen und Mieter bei der Stadt einen Ansprechpartner erhalten, der sie dabei unterstützt, ihre Interessen gegenüber dem neuen Eigentümer wahrzunehmen. Weiterhin forderte die SPD-Stadtratsfraktion, dass die Stadt das Gespräch mit dem neuen Eigentümer sucht, um klarzumachen, dass die Vereinbarungen der Sozialcharta auch umgesetzt werden müssen. Außerdem soll die Stadt Erlangen ihre bau- und planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die GBW-Stadtteile nach integrativen, sozialverträglichen und energetischen Kriterien weiterzuentwickeln. „Wir lassen die Mieterinnen und Mieter nicht hängen, sondern stehen auch in Zukunft an ihrer Seite!", erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik. ■

Erlangen SPD

Bäder: Freibad West jetzt sanieren

SPD-Fraktion fordert: Hallenbad-Neubau so bald wie möglich

Das Freibad West muss im Bestand unverzüglich saniert, der Sprungturm dabei erhalten werden. Die Sanierung ist so zu gestalten, dass ein neues Hallenbad als Ersatz für den Frankenhof als weiterer Bauabschnitt so bald wie möglich errichtet werden kann - auf diesen Nenner lässt sich die Haltung der SPD zum Thema „Bäder in Erlangen" bringen. SPD-Stadträtin Gisela Niclas bezog in der Sitzung des Sportausschusses im April klar Position: „Der Frankenhof ist wirtschaftlich nicht zu sanieren, der Ersatz muss kommen, so bald wie möglich. Die Stadtwerke dürfen bei der Finanzierung von der Stadt nicht im Stich gelassen werden", so Niclas.

Für die SPD-Fraktion sind ausreichende Wasserflächen für den Gesundheits- und Freizeitsport, aber auch für Schulen und Vereine unverzichtbar. Dieser sportpolitische Auftrag ergibt sich nicht nur aus dem Sportentwicklungsgutachten aus dem Jahr 2006, sondern auch aus dem erfolgreichen Bürgerentscheid 2005. Seinerzeit hatte sich eine überwältigende Mehrheit der BürgerInnen gegen das Modell „Privatisiertes Röthelheim-Spaßbad" und für den Erhalt als Freizeit -und Sportbad in öffentlicher Hand ausgesprochen.

Die neue Freibad-Infrastruktur im Westbad (Sanierungsbeginn: unmittelbar nach Ende der Freibadesaison 2013) soll so weitgehend wie möglich eine Doppelnutzung für das künftige Hallenbad gewährleisten. Das spart Kosten und Bauaufwand. Zum ersten Bauabschnitt gehören unter anderem ein Edelstahlbecken für das Sprungbecken, neue Filteranlagen für alle Becken sowie der Neubau des Eingangsbereichs und der Umkleiden. Über das weitere Vorgehen muss der Stadtrat noch in diesem Frühjahr eine Entscheidung treffen. ■

Für Erlangen ist der Zug abgefahren

Folgen des Baus von S-Bahn und ICE werden gravierend sein

In Bamberg regt sich derzeit großer Widerstand gegen die Teilung der Stadt durch die Lärmschutzwände, die wegen des Baus der ICE-Strecke München-Berlin errichtet werden sollen - die Bahn muss wohl umplanen. In Erlangen dagegen werden die Folgen deutlich und gravierend sein. Das war die Erkenntnis des 2. Altstadtdialoges, der sich mit den Folgen von S-Bahn-Bau und ICE-Ausbau befasste.

Bis zu fünf Meter hohe Lärmschutzwände könnten bald schon Stadt und Wiesengrund trennen. Für die Menschen wäre das nicht nur ein massiver Eingriff in das Stadtbild, sondern auch ein Verlust von Lebensqualität - der allerdings Realität werden dürfte. Denn auf Nachfrage kündigte der Vertreter der Bahn an, dass selbst im Falle stadtverträglicherer Lärmschutzmaßnahmen mit gleicher Effizienz nicht mit einem Rückbau der Wände gerechnet werden könne.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Hier hat die Stadtspitze versagt. Schon frühzeitig hat die SPD-Fraktion Anträge gestellt, im Zuge des Bahnbaus die städtische Verkehrssituation und die Unterführungen vom Westen in die Innenstadt zu verbessern. Von Seiten der Stadtspitze hieß es dazu nur, es bestünde kein Handlungsbedarf.

Nun ist es zu spät. Ursula Lanig, Mitglied des Planungsausschusses: „Dass die Bahn möglichst standardisiert und damit billig bauen möchte, ist aus ihrer Sicht verständlich. Dass die Stadtspitze sich in keiner Weise engagierte, um Verbesserungen zu erreichen, ist ein Trauerspiel. Erlangen wird erhebliche Nachteile hinnehmen müssen, ohne Verbesserungen in der Verkehrsführung, die jetzt im Zuge des Baus möglich gewesen wären, zu bekommen. Was jetzt nicht in Angriff genommen wird, wird nach Vollendung der Bahnstrecke erheblich teurer!" ■

RATHAUS TELEGRAMM 03/2013: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

Erlangen SPD

FIGUREN. OBJEKTE. BILDER

18. Internationales Figurentheater-Festival Erlangen/Nürnberg/Fürth/Schwabach– 3. bis 12. Mai 2013

Von Ursula Lanig
Kulturpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion

Es ist wieder soweit: Von den vielen begeisterten Fans sehnlichst erwartet, beginnt am 3. Mai das 18. Internationale Figurentheater im Großraum Erlangen, Nürnberg, Fürth und Schwabach!

62 Kompanien, 17 Länder, 130 Vorstellungen, 10 Tage, 4 Städte, 1 Festival: Das alle zwei Jahre stattfindende Internationale Figurentheater-Festival Erlangen, Nürnberg, Fürth, Schwabach gehört zu den wichtigsten Treffen für zeitgenössisches Figuren-, Bilder- und Objekttheater in Europa. Heute umfasst Figurentheater eine große Bandbreite traditioneller und innovativer Darstellungsformen: Vom klassischen Puppenspiel über Objekt- und Bildertheater, Formen von Tanz und Performance, Grenzbereiche zur Bildenden Kunst bis zum Einsatz Neuer Medien und digitaler Technologien auf der Bühne.

Kaum zu glauben, dass dieses Festival vor zwei Jahren in Erlangen(!) auf der Kippe stand und es nur durch den lautstarken Protest vieler Bürger im Großraum und die internationale Kritik vieler Theatermacher, Zuschauer und Journalisten (und der klaren Position der SPD-Fraktion im Erlanger Rathaus) erhalten werden konnte. Dabei gelingt es gerade diesen Theaterformen und ihren Machern oft auch ohne Sprache, in ihren Bildern die Vielfalt der Herausforderungen, auf die wir alle immer wieder stoßen, deutlich zu machen. Lösungen sollten dann im Kopf der Zuschauer entstehen...

Nur wer sich auf das international renommierte Figurentheater-Festival einlässt, kann erkennen, welche Vielfalt an Theaterformen sich hinter dem Begriff „Figurentheater“ verbirgt und wie spannend die unterschiedlichsten Themen und ihre Darstellungsformen mit der kleinen und der großen Welt umgehen. Das zeitgenössische Figurentheater hat sich in den letzten Jahren wie keine andere Theaterform den bildenden Künsten, dem Tanz, der Performance und den Neuen Medien geöffnet und sie zu einer ganz eigenen Theaterform entwickelt. Neugier ist angesagt: Neben bekannten und beliebten Stars wie der Compagnie Philippe Genty, Neville Tranters „Stuffed Puppets“, der Familie Flöz, Christoph Bochdansky und anderen lassen sich wieder ganz neue Gruppen entdecken, die von hier aus häufig einen internationalen „Karriereschub“ mitnehmen.

Und wir, die Zuschauer und „Entdeckungsreisenden“ in Sachen „anderes Theater“ haben die Möglichkeit auf engstem Raum innerhalb kürzester Zeit eine inhaltliche und programmatische Breite zu genießen, für die wir sonst Hunderte von Kilometern reisen müssten. Das Team um Bodo Birk, das – mit immer noch sehr begrenzten, aber wenigstens sicheren Mitteln – wieder ein Feuerwerk regionaler und internationaler Stücke anbietet, hat Compagnien aus aller Welt in der Region versammelt. Dafür, für die immer hervorragende Organisation des Festivals und für die Hingabe, mit der alle Beteiligten am Gelingen des Ganzen arbeiten, dankt die riesige und kontinuierlich steigende Zahl der „Figu-Fans“ mit immer neuen Karten-Vorverkaufsrekorden – wenn ihr diesen Artikel lest, werden leider viele Veranstaltungen schon ausverkauft sein.

Für alle, die sich noch schnell entscheiden wollen: unter www.figurentheaterfestival.de findet ihr noch weitere Informationen zu den einzelnen Stücken und Theatergruppen. Umfassende und kostenlose Programme gibt es an allen Vorverkaufsstellen und in vielen kulturellen Einrichtungen.

Viele neue Eindrücke, ein lebendiges und kommunikatives Festival und viel Freude am „anderen Theater“ wünscht euch
Ursula Lanig

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com
Telefon: 9731164
Mobil: 0160-3581886

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktssitzung findet statt am

Dienstag, den 25. Juni, 19:30 im Angerwirt (Guhmannstraße 10)

Die Tagesordnung wird im nächsten Monatsspiegel angekündigt.

Mit solidariscshen Grüßen
Munib

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 21. Mai, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 7. Mai, 20 Uhr im TSV-Sportheim

Tagesordnung:
1. Aktuelles
2. Festlegung der Versammlungstermine
3. Wahlkampfaktionen und -veranstaltungen
4. Verschiedenes

Im Namen des Vorstands
Stephan Eberle

Kurzprotokoll der Versammlung im April:

1. Hartmut Wiechert wurde einstimmig als Kassier wiedergewählt.
2. Wir haben in großer Einmütigkeit ein detailliertes Programm zur Struktur der Parteiarbeit und Mitgliederpflege im Distrikt sowie zu unserer Präsenz in der Öffentlichkeit beschlossen und entsprechende Aufgaben verteilt.

Protokoll der Distriktversammlung vom 19. Februar

1. Mitteilungen
Elizabeth berichtete über die Arbeitsgruppen, die die einzelnen Politikfelder aufarbeiten. Sie selbst ist in der Arbeitsgruppe „Integration und Bildung“ tätig. Am 13. März um 19 Uhr gibt es eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Bildung, Schwerpunkt Ganztagsschule, im Saal der IGM in der Friedrichstraße 7.

Zur Aufstellung der Stadtratsliste wird eine Listenfindungskommission installiert, die aus je 1 Vertreter der Distrikte und der Arbeitsgemeinschaften bestehen. Sie wird ab Mitte Mai tagen und nach ca. 1 Monat einen Vorschlag erarbeitet haben.

2. Vorstellung und Reihung der Kandidatinnen
Da bei den Kandidatinnen Konsens bestand, wie sie sich selbst Reihen würden, gab es per Akklamation die Zustimmung des Distriktes, dass diese Reihung so akzeptiert wird:
1. Gisela Niclas
2. Elizabeth Rossiter
3. Gabi Dorn-Dohmstreich

3. Südumgehung Herzogenaurach
Am 22. Januar 2013 gab es eine außerordentliche Ortsbeiratssitzung Frauenaurach im Feuerwehrhaus Neuses. Dieses platzte aus allen Nähten. Dies zeigt, dass dieses Thema auf hohes Interesse in der Bevölkerung stößt und diese auch beteiligt werden möchte.

German Hacker (Bürgermeister Herzogenaurach) stellte die verschiedenen Planungsvarianten vor und welche 2 in das Planungsfeststellungsverfahren übernommen werden sollen.

Nach intensiver Diskussion waren wir uns einig, dass es keine Unabhängigkeit zwischen den beiden großen Planungen (Südumgehung Herzogenaurach und

StUB) gibt und deshalb stellen wir folgenden Antrag:

„Wir nehmen die aktuelle Verkehrsplanung zur Kenntnis.

Da seitens der Firma Schaeffler der Druck auf die Stadt Herzogenaurach aufgebaut wird, dass bei Aufbau weiterer Arbeitsplätze zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden müssen, dass die Mitarbeiter mit vertretbarem Aufwand zu ihren Arbeitsplätzen gelangen müssen.

Wir bedauern, dass keine integrierte Verkehrsplanung stattfindet und keine Alternativen geplant sind. Dies ist aus ökologischer und resourcensparender Sicht nicht nachvollziehbar. Hieraus wird die Kurzsichtigkeit der Planung der Bayerischen Staatsregierung deutlich.

Um möglichst wenig Bodenresourcen zu verbauen, sprechen wir uns für die Variante A aus.

Beschluss: einstimmig

4. Verschiedenes

Revisoren-Bericht: Hartmut hat wieder hervorragend die Kasse geführt. Die Aufstellung war übersichtlich und leicht nachzuvollziehen.

Protokollführung: Gabi Dorn-Dohmstreich

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
bitte merkt Euch schon mal vor: Unsere nächste Distriktssitzung wird am 11. Juni um 20 Uhr im Nebenraum des „Orpheus“ stattfinden. Einen Vorschlag für die Tagesordnung findet Ihr dann im Monatsspiegel vom Juni.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zu unserem Bürgerdialog am 5. Mai 2013 ein. Bitte beachtet die gesonderte Einladung im Monatsspiegel (Seite 11).

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
im Mai findet keine Distriktssitzung statt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn ihr am 5. Mai ab 14 Uhr das gemeinsame Fest von Distrikt Ost und Distrikt Süd im „Easthaus“ (Treffpunkt Röthelheimpark) besuchen würdet (siehe Einladung auf Seite 11)!

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 14. Mai, 19.30 (!!) Uhr, Schlossgaststätte

Achtung: Beginn wegen TOP 2 vorgezogen

Tagesordnung:

1) Aktuelles
2) Organisation der Veranstaltung am 16. Juni
3) Zukunft der Kerwa
4) Arbeit an der Homepage-Seite Parteiauftritt
5) Weiterarbeit am Ortsteilprogramm
6) Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssitzung vom 9. April

1. Rückblick auf die Ortsbeiratssitzung
Vertreter des Verkehrplanungsamtes stellten im Ortsbeirat das von ihnen favorisierte Konzept einer Querungshilfe (Verkehrsinsel) vom Franzosenweg über die Weinstraße vor. Eine Ampellösung als Alternative sei aus verschiedenen Gründen weniger günstig. Der Ortsbeirat hatte sich mehrheitlich dieser Meinung angeschlossen und auch im Distrikt sprach sich eine große Mehrheit für die Insellösung aus.

Die Situation für Fußgänger in der Herringstraße war ausführlich diskutiert worden und verschiedenen Lösungsansätze wurden erwogen. Hans Hauer entwickelt im Distrikt die Idee einer ausgedehnten verkehrsberuhigten Zone als Pilotprojekt für die Erlanger Vororte. Dieser Vorschlag bedarf aber auch innerhalb des Distrikts noch einer intensiven Diskussion. Am 8. April hat eine Ortsbegehung zum Thema verkehrsberuhigte Zone Herring- und Täublingstraße stattgefunden, über die berichtet wird. Viele Bürger/innen hatten sich eingefunden, von denen zahlreiche Vorschläge kamen. Die 8 (!) Fachleute der Stadt werden daraus ein Konzept entwickeln und im Ortsbeirat vorstellen.

Dass die Ortsbeiratsvorsitzende sich auf dezidierte Anfrage nicht mehr an ihre Ankündigung auf dem Neujahrsempfang, dass in Tennenlohe beleuchtete Würfel aufgestellt werden sollen (s. Bericht von Klaus-Dieter Schreiter mit entsprechendem Bild in den EN am 21. Januar), partout nicht mehr erinnern konnte, löste allgemeines Befremden und klaren Protest bei Herrn Schreiter selbst, der für die EN anwesend war, aus.

2. Informationen zum Sachstand Tennenloher Kerwa
Die Kerwaburschen wollen einen Verein gründen, weil so die Kerwa besser organisiert werden kann. Aus den Reihen der SPD haben sich 4 Personen zur Hilfe bereit erklärt (inzwischen 5). Aus den Reihen der anderen Parteien und Vereine stehen momentan 4 Personen zur Verfügung. Der Kreis wird sich sicherlich noch erheblich erweitern. Einige Details werden geklärt.

3. Hinweise auf SPD-Termine
Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen am 13. April, Podiumsdiskussion mit Florian u.a. zum Thema Metropolregion am 23. April.

4. Tennenloher Bote
Letzte Absprachen. Redaktionsschluss soll Anfang Mai sein.

5. Ortsteilprogramm
Die Arbeit am Ortsteilprogramm wird aus Zeitgründen verschoben. In den Diskussionen zu den verschiedenen Themen haben sich allerdings schon einige Ansätze herauskristallisiert.

Rolf Schowalter (in Vertretung des Schriftführers)

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich zu unserem Mai-Treffen einladen. Es findet statt am

Mittwoch, den 15. Mai, 20 Uhr im Saal des Gasthauses „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Im Mittelpunkt der öffentlichen Versammlung steht

Martina Stamm-Fibich, unsere Bundestagskandidatin

Sie wird sich vorstellen und mit uns diskutieren. Wir würden uns freuen, wenn Ihr selbst, aber auch Nachbarn und Freunde, kommen würdet. Philipp Dees wird die Gesprächsleitung übernehmen.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch sehr herzlich einladen zu einer

Veranstaltung „Mobilität im Alter“ am 8. Mai, 15 Uhr, IGM-Haus in Erlangen, Friedrichstraße 7

Wir haben dazu **Jutta Leidel** eingeladen von der (neu eingerichteten) „Kontaktstelle für Bürgerschaftliches Engagement des Landratamtes ERH“. Sie wird uns das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis mit Schwerpunkt auf „Mobilität im Alter“ vorstellen. Dabei werden folgende Aspekte behandelt:

- Bedarfsgerechte Wohnangebote und alternative Wohnmodelle
- Komplementäre und soziale Dienste und Dienstleistungen
- Gesundheitsförderung, Prävention und Sport
- Gemeinde-/Stadtplanung

Wir freuen uns auf lebhafte Diskussionen und auf Euer Kommen.

Vorschau auf weitere Termine:
7. Mai 2013: Aktionstag AG 60plus in Fürth, Grüner Baum, Gustavstr. 34 mit der Bundesvorsitzenden Angelika Graf „Solidarität – ein wichtiger Baustein unserer Gesellschaft“

Mit solidarischen Grüßen
Gisela Nowack
Unterbezirksvorsitzende 60plus

AG 60plus (Unterbezirk)

Vorsitzende:
Gisela Nowack

Kontakt
Jutta Ledertheil
Telefon: 8126511
jutta.ledertheil@spd.de

Liebe Genossinnen,
im Mai findet aufgrund der Ferien, der Bergkirchweih und anderer Termine keine AsF-Sitzung statt.

Für Juni laden wir jetzt schon herzlich ein zu einer gemeinsamen Diskussion mit den Jusos

am Mittwoch, 5. Juni, 20 Uhr im August-Bebel-Haus, Sitzungsraum im Keller

zum Thema

Körperbilder unter Druck

Doris Aschmann, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Erlangen, wird zur Einführung darüber referieren, wie durch gesellschaftliche Normen die Wahrnehmung des eigenen Körpers vor allem für Frauen und zunehmend auch für Männer verzerrt wird. In der anschließenden Diskussion wollen wir uns mit diesem Problem auseinandersetzen und gemeinsam überlegen, welche politischen Forderungen sich daraus ergeben.

Für den AsF-Vorstand
Barbara Pfister

AsF

Sprecherinnen:
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

am Dienstag, 21. Mai

gehen wir wieder gemeinsam auf den Berg. Treffpunkt ist wieder die Eisdiele vorm Berg um 18 Uhr. Genauere Infos gibt es rechtzeitig über den Juso-Verteiler. Die nächste reguläre Sitzung findet statt

am Dienstag, 28. Mai, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Am Dienstag, 7. Mai startet unsere Filmreihe. Genauere Infos werden demnächst auf die Homepage gestellt.

Rote Grüße
Munib

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com
Telefon: 9731164
Mobil: 0160-3581886

WIR BRINGEN BAYERN INS GLEICHGEWICHT:

Bayern SPD
christian-ude.de

GERECHTIGKEIT BRAUCHT EINEN TAPETENWECHSEL!

BAYERN IST EIN STARKES LAND. ABER ES IST BEI UNS EINIGES AUS DEM GLEICHGEWICHT GERATEN. WIR WOLLEN DAS ÄNDERN. CHRISTIAN UDE UND DIE BAYERNSPD STEHEN FÜR

EIN MINDESTLOHNGESETZ FÜR FAIRE LÖHNE!

Wir werden einen einheitlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Deutschland einführen und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen eindämmen. Mit einem Bayerischen Mindestlohngesetz stellen wir außerdem sicher, dass Beschäftigte des Landes, der Kommunen und öffentlicher Unternehmen gerechte Löhne bekommen.

Die CSU verspricht nur vage Lohnuntergrenzen. **Echten Mindestlohn gibt es nur mit Christian Ude und der SPD.**

EIN VERGABEGESETZ FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN!

Wir werden ein bayerisches Vergabe- und Tariftreuegesetz beschließen. Damit stellen wir sicher, dass öffentliche Aufträge in Bayern nur an Unternehmen gehen, die Tariflöhne zahlen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit sicherstellen.

Die CSU lehnt ein Vergabegesetz ab. **Wirklich faire Arbeitsbedingungen gibt es nur mit Christian Ude und der SPD.**

GLEICHER LOHN FÜR FRAUEN!

Wir werden auf Bundesebene ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen, dass die Lohnbenachteiligung von Frauen beendet und ihnen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit garantiert. Mit einer Frauenquote sorgen wir, dass in Führungsetagen von Unternehmen in Zukunft mindestens 40 Prozent Frauen arbeiten.

Die CSU tut nichts beim Thema Frauenförderung. **Gleiche Chancen für Frauen gibt es nur mit Christian Ude und der SPD.**

FAMILIEN STÄRKEN MIT BESSERER KINDERBETREUUNG!

Wir werden die Kinderbetreuung in ganz Bayern ausbauen und dafür mehr Staatliche Mittel aufwänden. Wir sorgen dafür, dass die Bildung in Kindertagesstätten und Schulen mittelfristig vollständig gebührenfrei wird. Ab 2014 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

Die CSU behindert mit der Herdprämie bessere Kinderbetreuung. **Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es nur mit Christian Ude und der SPD.**

WOHNEN MUSS BEZAHLBAR SEIN!

Wir werden in Bayern neuen Wohnraum schaffen und alle Mittel nutzen, um den Anstieg der Mieten vor allem in den bayerischen Wachstumsregionen zu begrenzen. Wir werden den Wohnungsbau durch eine deutliche Erhöhung der Landesmittel ankurbeln und das Genossenschaftswesen stärken.

Die CSU spart beim Wohnungsbau und tut nichts gegen steigende Mieten. **Mehr Förderung des Wohnungsbaus gibt es nur mit Christian Ude und der SPD.**

V.i.S.d.P.: BayernSPD, Rainer Glaab, Oberanger 38, 80331 München